

BESCHLUSSVORLAGE

TOP 7 Anträge
7.6 Beschluss über die Änderung des Ethik-Codes

Beschlussvorschlag

Der Deutsche Turntag beschließt die Änderung des DTB-Ethik-Codes in Artikel 2.1c, 2.10b, 3.1a und 3.2 sowie die Anpassung des Textes an die Gender-Schreibweise des DTB und die einheitliche Verwendung der Begriffe ehrenamtliche Funktionsträger*innen und hauptberuflich Mitarbeitende und DTB-Ethik-Beauftragte*r (statt Good Governance-Beauftragte*r und Vertrauensperson).

Begründung

Aufgrund der Satzungsneufassung haben sich neue Zuständigkeiten (Wegfall der Bereichsvorstände, statt der*dem Generalsekretär*in obliegt die Geschäftsführung nun dem Vorstand) ergeben, welche eine inhaltliche Anpassung des Ethik-Codes an einigen Stellen erfordert. Im Zuge der Überarbeitung wurde dann auch eine einheitliche Begriffsbestimmung vorgenommen sowie eine geschlechtergerechte Sprache analog zur DTB-Satzung verwendet.

DTB-Präsidium
27.09.2024

Ethik-Code des Deutschen Turner-Bundes Verhaltensrichtlinien zur Integrität in der Verbandsarbeit

Die vorliegenden Verhaltensrichtlinien richten sich gleichermaßen an die ehrenamtlichen Funktionsträger*innen und die **hauptamtlichen hauptberuflichen Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** des Deutschen Turner-Bundes (DTB). Ein Großteil der Richtlinien hat eine generelle Gültigkeit, bei einigen gilt es jedoch zwischen Haupt**beruf** und Ehrenamt zu unterscheiden. Wenn eine solche Unterscheidung notwendig ist, so ist sie im Folgenden konkret beschrieben und erläutert.

1 Umgang miteinander

1.1 Kultur der Wertschätzung und des Respekts

Das Ansehen und der Ruf des DTB werden wesentlich durch das Verhalten und Auftreten seiner haupt- und ehrenamtlichen **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** geprägt. Deshalb ist ein respektvoller, fairer und sachorientierter Umgang untereinander und gegenüber Dritten von großer Bedeutung für die Verbandskultur nach innen und die Reputation nach außen. Dabei weist der Sport Besonderheiten auf, die auch im DTB selbst und im Hinblick auf dessen Vorbildrolle für Vereine und Landesverbände eine Rolle spielen.

1.2 Grundlage unseres Handelns

Die **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** in Führungspositionen tragen eine besondere Verantwortung. Ihr Handeln ist gekennzeichnet von freundlichem und verbindlichem Umgang, Leistung, Offenheit und sozialer Kompetenz. Sie vertrauen ihren **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** und gestatten ihnen – soweit möglich – Eigenverantwortung und Freiraum in ihrer Arbeit. Dies schließt angemessene Fachaufsicht nicht aus.

Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** halten sich an das geltende Recht und beachten die Richtlinien und Vorschriften des DTB, geschrieben oder ungeschrieben.

2 Verhalten im Geschäftsverkehr

2.1 Interessenkonflikte

Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** treffen ihre Entscheidungen für den DTB unabhängig von sachfremden Überlegungen, d. h. von persönlichen Interessen oder Vorteilen.

Dies bedeutet:

- a. Wenn bei einer konkreten Aufgabe/Entscheidung persönliche Interessen berührt werden können, ist dies anzuzeigen und zu klären, ob eine Teilnahme an der Beratung und Entscheidung möglich ist bzw. die Aufgabe einem anderen übertragen wird.
- b. Anzuzeigen sind ebenfalls persönliche Beziehungen, die über die im Sport übliche Verbundenheit hinausgehen, sowie persönliche Interessen, die mit Mitgliedsorganisationen, sonstigen Sportverbänden, Kunden, Lieferanten, Dienstleistern oder sonstigen Geschäftspartnern des DTB in Zusammenhang stehen und zu einem Interessenkonflikt im Einzelfall führen können.

- c. Die Mitglieder des Präsidiums und **der Bereichsvorstände des Vorstandes** legen in einem öffentlich zugänglichen Interessenregister auf der Website des DTB ihre materiellen und nicht-materiellen Interessen offen, die auf Grund ihrer jeweiligen Aufgabe im DTB zu einem Interessenkonflikt führen oder als solcher wahrgenommen werden können. Das Register enthält folgende Struktur:
- Entgeltliche Tätigkeiten
 - Kontrollpositionen in wirtschaftsorientierten Unternehmen
 - Mitgliedschaften, Funktionen und Ämter im Umfeld des organisierten Sports
 - Weitere ehrenamtliche Tätigkeiten
 - Sonstige private Aktivitäten, die Einfluss auf eine objektive Entscheidungsfindung im DTB haben könnten.
- d. Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** unterlassen alle Maßnahmen, insbesondere private bzw. eigene berufliche Geschäfte, die den Interessen des DTB entgegenstehen oder Entscheidungen bzw. die Tätigkeit für den DTB beeinflussen können.
- e. Die ehrenamtliche Mitwirkung von **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** der Geschäftsstelle in Gremien des organisierten Sports auf Vereinsebene wird mit Blick auf den Kontakt zur Basis begrüßt. Die Mitarbeit in den Organen der Mitgliedsverbände des DTB ist im Einzelfall abzuklären. Das Mitwirken von **Mitarbeitern Mitarbeitenden** in Leitungsfunktionen in Organen der Mitgliedsverbände ist zu vermeiden.

2.2 Geschenke und sonstige Zuwendungen

Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** müssen jeden Anschein vermeiden, im Rahmen ihrer Tätigkeit für den DTB für persönliche Vorteile empfänglich zu sein.

Geschenke und sonstige Zuwendungen, die in einem Zusammenhang mit der jeweiligen Aufgabe im DTB stehen bzw. stehen können, dürfen daher nur im vorgegebenen Rahmen und in transparenter Weise angenommen oder gewährt werden.

Dies bedeutet:

- a. Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** dürfen Geschenke von Mitgliedsorganisationen, sonstigen Sportverbänden, Kunden, Lieferanten, Dienstleistern oder sonstigen Geschäftspartnern des DTB nur im Rahmen des sozial Adäquaten annehmen.
- b. Als Richtwert zur Beurteilung der Frage, ob ein persönliches Geschenk als sozial adäquat gilt, kann ein Geldwert gemäß § 8 Abs. 2 des EStG Sachbezugsfreigrenze für einkommensteuerfreie Zuwendungen herangezogen werden (~~Stand April 2016: 44,-EUR~~). Bei mehrfachen Zuwendungen innerhalb desselben Jahres gilt die Grenze in Summe.
- c. Wird das Geschenk als Repräsentant*in des DTB entgegengenommen, so ist dieses nach Erhalt dem DTB zu übergeben.
- d. Persönliche Geschenke auf internationaler Ebene, deren Ablehnung aufgrund der Situation unhöflich wäre, können in Ausnahmefällen angenommen und müssen nach Erhalt dem DTB übergeben werden.

- e. Als Zuwendung gilt auch die Gewährung von Rabatten oder anderen Vergünstigungen.
- f. Das Annehmen von Zuwendungen in Form von (Bar-)Geldgeschenken ist ausnahmslos untersagt, ebenso das Fordern eines Geschenkes oder sonstiger Vorteile.
- g. Wenn Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** des DTB von Mitgliedsorganisationen, sonstigen Sportverbänden, Kunden, Lieferanten, Dienstleistern oder anderen Geschäftspartnern des DTB Waren oder Dienstleistungen für private Zwecke beziehen, so ist dies rein privat im üblichen geschäftlichen Rahmen abzuwickeln und der marktübliche Preis zu bezahlen.
- h. Den **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** des DTB ist es ohne ausdrückliche Erlaubnis durch das Präsidium untersagt, für die Vermittlung von Geschäften jeder Art im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Amtes für sich oder nahestehende Personen Provisionszahlungen anzunehmen oder sich versprechen zu lassen.

2.3 Einladungen

Einladungen von Dritten dürfen nur im vorgegebenen Rahmen in transparenter Weise angenommen werden.

Bei Einladungen zu Sportveranstaltungen ist zwischen Dienst- bzw. Repräsentationsterminen und Einladungen mit (überwiegendem) Freizeitwert zu differenzieren. Letztere sind im Zweifelsfall abzulehnen.

Dies bedeutet:

- a. Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** dürfen Einladungen zum Essen oder zu Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen, sonstigen Sportverbänden, Kunden, Lieferanten, Dienstleistern oder anderen Geschäftspartnern des DTB nur annehmen, wenn dies einem berechtigten geschäftlichen/dienstlichen Zweck dient und die Einladung freiwillig erfolgt.
- b. Einladungen zu sonstigen kulturellen, sportlichen oder ähnlichen Veranstaltungen sind anzuzeigen. Ein Vertreter des Gastgebers muss anwesend sein, um den geschäftlichen Zweck sicherzustellen.
- c. Einladungen jeglicher Art müssen angemessen sein und im Rahmen der üblichen Zusammenarbeit stattfinden (z. B. Essen und Getränke während einer Sitzung oder eines Seminars, ein Empfang im Anschluss an eine Veranstaltung). Entscheidend ist stets, dass die Einladung einem Geschäftszweck oder der Repräsentation dient und der Eindruck einer unzulässigen Beeinflussung ausgeschlossen ist.
- d. Über den Besuch von wiederkehrenden Veranstaltungen, die Teilnahme an üblichen Besprechungen und vergleichbaren dienstlichen Terminen mit jeweils entsprechender Bewirtung kann nach Absprache pauschal informiert werden bzw. die jeweilige Reisegenehmigung/Reisekostenabrechnung als Information ausreichen.
- e. Soweit es erkennbar um höherwertige Bewirtungen oder Einladungen geht, muss immer im Vorfeld eine Genehmigung eingeholt werden.

- f. Generell sind häufige Einladungen durch denselben Kunden, Lieferanten, Dienstleister oder sonstigen Geschäftspartner kritisch zu sehen und nur im Ausnahmefall sowie nach entsprechender Genehmigung zulässig.

2.4 Interessenvertretung

Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** vollziehen die Interessenvertretung des DTB in transparenter und verantwortlicher Weise und unterlassen unzulässige Vorteilsgewährungen an Dritte.

Dies bedeutet:

- a. Die vorgenannten Regelungen zu „Geschenke und sonstige Zuwendungen“ und „Einladungen“ gelten entsprechend für Geschenke, sonstige Zuwendungen und Einladungen, die der DTB bzw. dessen ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden**, Repräsentanten von Politik und Verwaltung, Mitgliedsorganisationen, sonstigen Sportverbänden, Kunden, Lieferanten/Dienstleistern oder anderen Geschäftspartnern gewähren.
- b. Insbesondere Mandatsträger*innen, Amtsträger*innen, dem Öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sowie Mitarbeiter*innen von Abgeordneten und Fraktionen sowie Personen in vergleichbaren Funktionen anderer Nationen dürfen nur zu Informationsveranstaltungen oder zur Repräsentation z. B. bei Sportveranstaltungen mit jeweils angemessener und sozialadäquater Bewirtung eingeladen werden. Die Mitnahme von Begleitpersonen ist ebenso wenig zulässig wie Einladungen zu Unterhaltungs- und Freizeitprogrammen, soweit sie nicht integraler und sozialadäquater Bestandteil der Information sind. Jeglicher Eindruck einer unzulässigen Beeinflussung ist auszuschließen.
- c. Die Personengruppen gem. 2.4 b) sind in Veranstaltungen des DTB (z. B. durch einen Vortrag oder die Teilnahme in einem Podium) nur im Rahmen ihrer jeweiligen Funktion und ohne Honorierung einzubinden. Reisekosten sind nur im Rahmen der Reisekostenregelung und so weit die Teilnahme gezielt durch den DTB erbeten wurde, ohne dass eine offizielle Repräsentation gem. 2.4 b) vorliegt, zu übernehmen.
- d. Der DTB kann seine eigenen Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden**, einschließlich unterer Ebenen zu eigenen Veranstaltungen u. ä. einladen. Dies muss anhand von im Vorhinein kommunizierten und nachvollziehbaren Kriterien erfolgen.
- e. Einladungen zu kulturellen, sportlichen oder sonstigen Veranstaltungen erfolgen grundsätzlich schriftlich. Es ist jeweils darauf zu verweisen, dass die für das Unternehmen oder die Behörde, den Sportverband bzw. entsprechende Institution des Eingeladenen geltenden Compliance-Regeln sowie die steuerlichen Vorgaben zu beachten sind.
- f. Alle Einladungen des DTB sind im Rahmen der üblichen Aktenführung, z. B. durch Teilnahmelisten, zu dokumentieren.

2.5 Spenden

Definition: Spenden sind Geld- und Sachzuwendungen, die von einer Person oder einem Unternehmen freiwillig und unentgeltlich zur Förderung spendenbegünstigter Zwecke geleistet werden, ohne dass eine Gegenleistung erfolgt.

- a. Spenden, sowie andere Zuwendungen ohne Gegenleistung, die der DTB an Dritte gewährt, sind zu dokumentieren. Spenden müssen transparent und nachvollziehbar sein. Der Empfänger der Spende muss dem DTB bekannt sein. Als Spendenempfänger kommen insbesondere Einrichtungen, die als gemeinnützig anerkannt oder durch besondere Regelungen zur Annahme von Spenden befugt sind in Betracht. (Geld-)Spenden sollen steuerlich abzugsfähig sein und in einer Form gewährt werden, die die steuerliche Abzugsfähigkeit sicherstellt (z. B. durch Spendenbescheinigung). Spenden-Zahlungen auf Privatkonten sind grundsätzlich nicht möglich.
- b. Eingehende (Geld-)Spenden sind unabhängig der jeweiligen Höhe immer zu quittieren und zu dokumentieren. Spendenmittel werden so verwendet, dass die satzungsgemäßen Zwecke unter Beachtung von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bei größtmöglicher Wirksamkeit und Sparsamkeit erreicht werden. Über die Verwendung von Spenden entscheidet der Vorstand. Bei einer Zweckbindung durch den Spender ist diese einzuhalten. Die allgemeinen Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsrechts sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Erstattungsregelungen des DTB.

2.6 Sponsoring

Sponsoring basiert, im Gegensatz zur Spende, immer auf dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung.

Definition: Sponsoring ist die Zuwendung von Geld bzw. geldwerten Sach- oder Dienstleistungen durch eine juristische oder natürliche Person mit wirtschaftlichen Interessen, die neben dem Motiv der Förderung des DTB, auch andere Interessen verfolgt.

- a. Zur besseren Transparenz und Kontrolle der Sponsoringentscheidungen des DTB ist jede Vereinbarung über eine Sponsoringleistung in einem schriftlichen Vertrag festzuhalten, der insbesondere Art und Umfang der Leistungen des Sponsors und des DTB regelt.
- b. Der DTB darf keine Sponsoringverträge eingehen, wenn diese den sportethischen Grundvorstellungen widersprechen. Besondere Vorsicht ist insbesondere bei der Zusammenarbeit mit Unternehmen geboten, die folgenden Produkte herstellen oder vertreiben:
 - pharmazeutische Produkte, die auf der jeweils aktuellen Liste der WADA der verbotenen Substanzen aufgeführt sind,
 - Tabakprodukte,
 - hochprozentige Alkoholika,
 - Angebote und Produkte, deren Vertrieb an Personen unter 18 Jahren durch das JuSchG, das GjSM (Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte) oder eine andere dem Jugendschutz dienende Rechtsvorschrift in ihrer jeweils aktuellen Fassung gesetzlich eingeschränkt ist,
 - Kriegswaffen,
 - Anbieter von Sportwetten
- c. Sponsoring ist in jedem Fall dann unzulässig, wenn durch die Zuwendung die Entscheidungsfreiheit des Gesponserten gefährdet wird. So darf die Gewährung von Sponsoringleistungen keinen Einfluss auf Entscheidungen des DTB, insbesondere Vergabeentscheidungen, haben.

- d. Bestehende Sponsoringverträge werden regelmäßig überprüft, um die Gefahr von Abhängigkeitsverhältnissen zu minimieren.

2.7 Umgang mit öffentlicher Förderung

Die Zuwendungen, die dem DTB seitens öffentlicher Gebietskörperschaften (Stadt, Land, Bund) gewährt werden, sind gemäß den Bestimmungen der jeweiligen Zuwendungsbescheide, den hierin festgesetzten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen und unter Beachtung sämtlicher sonstiger zuwendungsrechtlichen Regelungen zu bewirtschaften.

2.8 Stakeholder-Beteiligung

Der DTB bekennt sich zu einer nachhaltigen, verantwortungsvollen und transparenten Ausrichtung seines Handelns.

Die internen und externen Anspruchsgruppen des DTB, sog. „Stakeholder“, sind Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die Einfluss auf das Verbandshandeln nehmen oder durch die Umsetzung der Verbandsziele betroffen sind.

- a. Ziel ist es, den offenen Dialog mit Stakeholdern zu intensivieren, um so ein besseres Verständnis von den jeweiligen Anliegen und Erwartungen an den DTB zu erhalten, aber auch die Ziele, Beweggründe und Handlungsnotwendigkeiten des DTB besser zu kommunizieren.
- b. Um einen fairen Dialog mit den Stakeholdern zu gewährleisten, müssen folgende Voraussetzungen erfüllt werden:
 - Fairness und Zuverlässigkeit: Zusagen und Absprachen sind einzuhalten. Sollten sich grundlegenden Änderungen der Rahmenbedingungen oder neue Sachverhalte ergeben, ist dies darzulegen.
 - Transparenz: Es müssen von beiden Seiten vollständige und aktuelle Informationen übermittelt werden.
 - Frühzeitigkeit und Regelmäßigkeit: Sich abzeichnende Neuerungen werden den tangierten Stakeholder so früh wie möglich zugänglich gemacht.
- c. Zu Beginn der Stakeholderbeteiligung sind der vorgesehene Charakter (reine Information, Dialog, Beratung oder weitergehende Partizipation), die Rahmenbedingungen des Austauschs und die verfolgten Ziele von beiden Seiten klar zu definieren.
- d. Relevante Erkenntnisse und Ergebnisse des Stakeholder-Dialogs werden in die strategischen Entscheidungen des DTB einfließen. Die grundsätzliche Entscheidungsverantwortung verbleibt bei den Organen des DTB.
- e. Der Dialog findet seine Grenzen in den berechtigten geschäftlichen Interessen, den Rechten Dritter oder der Behinderung eines noch nicht abgeschlossenen, verbandsinternen Diskussions- und Entscheidungsprozesses. Der DTB achtet auch darauf, dass keine Informationen an Stakeholder gegeben werden, die auf Grund gesetzlicher oder verbandsinterner Regularien zunächst anderen Teilen oder Organen des DTB vorgelegt werden müssen.

2.9 Honorare

Zum Umgang mit Honorareinnahmen von ehrenamtlichen Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden**, z. B. für die Erstellung

von Gutachten, dem Halten von Vorträgen, der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen oder Foren etc., gilt folgendes:

- a. Falls die Tätigkeit im Dienst des DTB erfolgt, d. h. die*der Leistende wird klar und eindeutig im Rahmen seiner ehrenamtlichen Funktion bzw. seiner hauptamtlichen Stelle für den DTB tätig, dann stellt der DTB (als Leistungserbringer) der Organisation, in deren Auftrag die Tätigkeit erfolgt, für die erbrachten Leistungen durch die Buchhaltung eine Honorarrechnung. Aufgrund des erfolgten Leistungsaustauschs zwischen dem DTB und der Organisation, für die die Leistungserbringung erfolgt, kann diese keinen Anspruch auf Erteilung einer Spendenquittung erheben. Kennzeichnend für eine Tätigkeit im Dienst des DTB sind insbesondere:
- Veranlassung durch eine weisungsbefugte Stelle
 - Veranlassung per Gremienbeschluss
 - Stellung eines Antrags auf Dienstreisegenehmigung
 - Stellung eines Antrags auf Reisekostenerstattung
 - Zeiterfassung betreffend der (vorbereitenden) Aktivitäten erfolgt als Dienstzeit
 - Tätigwerden erfolgt kraft Innehabens eines DTB-Amtes
 - Akquisition bzw. Einladung erfolgt im Rahmen einer Tätigkeit für den DTB
- b. Falls die Tätigkeit der Privatsphäre der handelnden Person zuzuordnen ist, d. h. die*der Leistende wird klar und eindeutig außerhalb seiner ehren- oder hauptamtlichen Tätigkeit für den DTB tätig, dann stellt die Privatperson (als Leistungserbringer) der Organisation, in deren Auftrag die Tätigkeit erfolgt, für die erbrachten Leistungen auf eigenen Namen und für eigene Rechnung eine Honorarnote und vereinnahmt die zugehörige Zahlung als persönliche Einkünfte. Die ordnungsgemäße steuerliche Deklaration liegt hierbei in der Verantwortung der handelnden Person. Kennzeichnend für die Zuordnung einer Tätigkeit zur Privatsphäre sind bei **hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** insbesondere:
- Anzeige der Tätigkeit als Nebentätigkeit bei der Personalstelle (gem. Dienstvertrag)
 - Leistungserbringung und -vorbereitung erfolgen außerhalb der Dienstzeit
 - Stellung eines diesbezüglichen Urlaubs- bzw. Gleitzeitantrages
 - Akquisition bzw. Einladung erfolgt im Privatbereich

2.10 Umgang mit Ressourcen

- a. Umgang mit Verbandseigentum und Material
- Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberufliche Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** gehen umsichtig und sorgsam mit verbandseigenen Mitteln um.
 - Zu den verbandseigenen Mitteln zählen sowohl materielles Eigentum (bspw. Büroausstattung, Computersysteme und -ausrüstung, Inventar, ggf. Sportgeräte, Werkzeug) als auch geistiges Eigentum (bspw. aufgezeichnete Daten, Geschäftsgeheimnisse, ggf. spezifisches Know-How des DTB).
 - Schäden am Verbandseigentum sind unverzüglich anzuzeigen, sowie die Beschaffung von Ersatz abzuklären.
 - Verbandseigene Mittel dürfen nur für tätigkeitsrelevante Zwecke verwendet und nicht an Dritte weitergegeben werden.
 - Software darf nur entsprechend der Lizenzbestimmungen eingesetzt werden. Alle Zugangsdaten etwa für einen dienstlichen Account bei einem Sozialen Netzwerk und Registrierungs-codes sind Eigentum des Verbandes.

- Ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** beachten die Einhaltung von ggf. bestehenden verbandsinternen Vorgaben und Richtlinien wie bspw. zur (privaten) Nutzung von Internet, E-Mail, (Mobil-) Telefonen, Laptops/Tablets sowie Pool- oder Leasingfahrzeugen.
- b. Herkunft und Verwendung finanzieller Ressourcen

Bei der Herkunft und der Verwendung von finanziellen Ressourcen gilt für ehrenamtliche Funktionsträger*innen sowie **hauptamtlichen hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** Folgendes zu beachten:

- Sollte ein Verdachtsmoment bestehen, dass Gelder aus illegaler Herkunft stammen, oder die Integrität der Organisation bzw. Person, die die finanziellen Ressourcen bereitstellt, in Frage stehen, ist dies unverzüglich anzuzeigen.
 - Alle Finanztransaktionen des DTB werden auf ihre sachliche Richtigkeit geprüft und unterliegen der Genehmigung mindestens einer zweiten unterschiftsberechtigten Person (Einhaltung des 4-Augen-Prinzips).
 - Der **DTB-Vorstand** regelt im Rahmen einer **Finanz- und Wirtschaftsordnung bzw. Dienstanweisung** u.a. die Unterschriftsbefugnisse zur Unterzeichnung von Verträgen, Aufträgen und Zahlungsanweisungen, die Ablauforganisation im Zahlungsverkehr (4-Augen-Prinzip), die Standards für die Abwicklung von Zuwendungsverfahren, sowie die Vorgaben für Beschaffung von Waren und Dienstleistungen (z.B. die Wertgrenze für freihändige Vergaben, die Pflicht zur Einholung einer Mindestanzahl von Angeboten, die Pflicht zur Durchführung öffentlicher Ausschreibungen).
- c. Geistiges Eigentum / Know-how / Vertraulichkeit

Entsprechend den im Arbeitsvertrag für **hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** festgelegten Verpflichtungen zur Vertraulichkeit und Verschwiegenheit gilt folgendes auch für die ehrenamtlichen Funktionsträger*innen:

Über alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und während der Amtszeit bekannt gewordenen und vom DTB als vertraulich ausgewiesene Angelegenheiten ist während der Dauer der Amtszeit Stillschweigen zu bewahren, bis sie erkennbar allgemein bekannt geworden sind. Diese Schweigepflicht erstreckt sich auch auf Angelegenheiten anderer Organisationen, mit denen der DTB wirtschaftlich oder organisatorisch verbunden ist.

- Nach Beendigung der Amtszeit besteht ggf. die Verpflichtung zur Verschwiegenheit hinsichtlich einiger Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse fort.
- Alle den DTB und seine Interessen berührenden Briefe, Telefaxe sowie ausgedruckte Emails sind ohne Rücksicht auf den Adressaten ebenso wie alle sonstigen Geschäftsstücke, Zeichnungen, Notizen, Bücher, Muster, Material usw. nach Aufforderung bzw. bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses unverzüglich unaufgefordert zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte sind ausgeschlossen.
- Vom DTB als vertraulich und geheim zu haltende Schriftstücke, Zeichnungen usw. sind unter dem vorgeschriebenen Verschluss zu halten.

3 Rahmen

3.1 Verfahren

In den Fällen, in denen die Prävention nicht ausreichend war und Verstöße gegen **Good Governance-Regulieren die Verhaltensrichtlinien zur Integrität in der Verbandsarbeit**

des DTB vorliegen, oder in denen es Verdachtsmomente hierfür gibt, muss es ein klar definiertes Meldungs- und Untersuchungsverfahren sowie ein Entscheidungsmanagement geben.

a. Meldung von Verstößen

Jede*r **hauptberuflich Mitarbeiter/innen Mitarbeitende** und ehrenamtliche*r Funktionsträger*in ist aufgefordert, im Zusammenhang mit der Einhaltung aller Good Governance Regularien Fragen zu stellen, um Rat zu bitten, vermutete Verstöße zu melden und Bedenken hinsichtlich der Einhaltung der **GG-Regularien/Verhaltensrichtlinien** zur Integrität in der Verbandsarbeit anzusprechen.

Jede*r, **die***der weiß oder Anhaltspunkte dafür hat, dass ein*e **hauptberufliche*r Mitarbeiter/innen Mitarbeitende*r** oder ehrenamtliche*r Funktionsträger*in an einer Pflichtverletzung beteiligt ist oder dessen*deren Verhalten im Widerspruch zu den GG-Regularien steht, ist aufgefordert – falls ein konkretes Ansprechen dieser Person aus einem Grund nicht möglich erscheint – die Informationen

- dem*r Vorgesetzten bzw. **dem/die Generalsekretär/in den Vorstandsmitgliedern,**
- dem*r Präsident*in
- der/die Vorsitzende der Gremien
- dem*r **Good Governance Ethik-Beauftragten** des DTB

zu melden. Eine Meldung kann schriftlich oder mündlich übermittelt werden.

Die angerufene Stelle wird diese Informationen – unter Berücksichtigung aller Interessen der Beteiligten – sorgsam und, sofern das im Hinblick auf die zu treffende Entscheidung möglich ist, vertraulich behandeln. Der*die **Mitarbeiter/in Mitarbeitende** wird wegen der Meldung keine Nachteile erleiden, unabhängig davon, ob sich die Informationen letztlich als wahr erweisen sollten oder nicht, es sei denn, es liegt eine vorsätzlich oder grob fahrlässig falsche Anschuldigung vor.

b. Vorgehen bei Meldungen

Das Vorgehen wird in der Rechts- und Verfahrensordnung des DTB geregelt.

c. Entscheidungsinstanzen

Die Entscheidungsinstanzen sind in der Rechts- und Verfahrensordnung des DTB geregelt.

3.2 Vertrauensperson (Ethik-Beauftragte*r, **Good Governance-Beauftragte/r**)

Der DTB setzt eine ehrenamtlich tätige Vertrauensperson (Ethikbeauftragte*r, **Good Governance-Beauftragte/n**) ein. Diese wird **für die Dauer von vier Jahren** vom Deutschen Turntag gewählt. Die Vertrauensperson darf keine weitere Funktion innerhalb des DTB innehaben und muss unabhängig sein.

Die Vertrauensperson hat neben einer präventiv beratenden Funktion für alle **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** und Funktionsträger*innen (z.B. bei potenziellen Interessenkonflikten) im Falle der Anrufung noch weitere Aufgaben und Befugnisse:

- Prüfung möglicher Verstöße
- Bewertungen der Relevanz und
- Abgabe von Empfehlungen an das zuständige Entscheidungsgremium bzgl. der weiteren Vorgehensweise

Er*sie besitzt zudem ein Initiativrecht, wenn er*sie nicht direkt angerufen wird, aber von externen Stellen Kenntnis von möglichen Vorfällen erlangt.

Der*die ~~Good Governance~~ **Ethik**-Beauftragte ist immer zuständig bei Regelverstößen von Präsidiums- und Vorstandsmitgliedern (Untersuchung, Aufarbeitung).

3.3 Ombudsstelle

Die Entscheidung über die Einrichtung einer Ombudsstelle obliegt dem Präsidium.

3.4 Datenschutz

Neben der Beachtung des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und der Datenschutzordnung des DTB gelten für ehrenamtliche Funktionsträger/innen sowie hauptamtliche Mitarbeiter/innen folgende Richtlinien:

- a. In Unterlagen werden keine Daten aufgenommen, die nach der Organisation der Arbeit und der jeweiligen Zuständigkeit nicht gebraucht werden.
- b. Innerhalb des DTB werden mündliche oder schriftliche Auskünfte nur an eindeutig Berechtigte herausgegeben.
- c. An Stellen außerhalb des DTB werden keine mündlichen Auskünfte über Daten einzelner Personen herausgegeben, es sei denn, es bestehen besondere Anweisungen hierzu. Eine solche besondere Anweisung kann z.B. für den Verkehr mit den Versicherungsträgern und dem Finanzamt bestehen.
- d. Schriftliche Mitteilungen mit Daten einzelner Personen an Stellen außerhalb des DTB sind grundsätzlich als offizielles Schreiben mit Unterschrift vorzusehen. Handelt es sich um Daten von Mitarbeiter/innen, bearbeitet das Ressort Personal diese Mitteilung.
- e. Bei allen Auskunftersuchen von Betroffenen, die über die am Arbeitsplatz üblichen Routineanfragen hinausgehen oder bei denen erkennbar ist, dass es sich um Auskunftersuchen nach dem BDSG handelt, ist der*die jeweilige Vorgesetzte oder **die***der Datenschutzbeauftragte mit einzubeziehen. Diese werden veranlassen, dass die Auskunft dem Gesetz entsprechend gegeben wird.
- f. Unterlagen sind sowohl während als auch außerhalb der Arbeitszeit so aufzubewahren, dass sie für Unberechtigte nicht zugänglich sind. Es ist sicherzustellen, dass nicht mehr benötigte Unterlagen kontrolliert vernichtet werden, d.h. dass sie so zerkleinert oder unkenntlich gemacht werden, dass sie durch Unbefugte nicht rekonstruiert werden können; sie dürfen dann dem allgemeinen Abfall zugeführt werden. Nicht benötigte Adresstiketten und vergleichbare Karteikarten sind, wenn sie in größerer Anzahl anfallen, dem Sondermüll zuzuführen.
- g. In allen Zweifelsfällen ist der*die jeweilige Vorgesetzte, die*der Datenschutzbeauftragte oder – wenn es Daten von **Mitarbeiter/innen Mitarbeitenden** betrifft – das Ressort Personal der zuständige Ansprechpartner.

Verabschiedet durch das DTB-Präsidium im April 2016, beschlossen durch den außerordentlichen Deutschen Turntag am 1.10.2016 in Frankfurt-Nied, ergänzt um Pkt. B 1 c beim Deutschen Turntag am 4.11.2017 in Bruchsal, geändert durch den Deutschen Turntag am 09.11.2024 in Frankfurt-Höchst.